

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 1/2 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Expeditoren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Tauentzienstr. 27, 4 1/2 Sgr. Inzerate die Zeile 3 Sgr.

Wie unsere „Konservativen“ sich über den Oesterreichischen Staatsstreich freuen.

Wir müssen unsere Leser auf eine recht schlimme Erscheinung aufmerksam machen. Freilich ist sie schon manche hundert Jahre alt, aber seit den ersten Siegen der Reaktion im Herbst 1848 hat sie sich von Jahr zu Jahr immer breiter gemacht, und heute sieht es ganz darnach aus, als ob sie der Verbote eines schweren Unglücks für uns werden wollte. Es ist das folgende Erscheinung: Jedes Mal, wenn irgendwo die Gewalt einen augenblicklichen Sieg errungen hat, dann stellt zugleich ein Chor von Ebedienern und bezahlten Schreibern sich ein, um aus vollen Waden ein übermüthiges Freuden-geschrei zu erheben. Leider dürfen wir uns darüber nicht mehr wundern, aber wir versäumen es darum nicht, auf die Zeichen der Zeit zu achten.

So hat am 20. September d. J. der Kaiser von Oesterreich nun schon die zweite Verfassung seines Reiches bei Seite geschoben. Sie war ihm weder durch Gewalt noch Drohung aufzuzwingen; er hatte sie am 26. Februar 1861 aus eigenem Entschlusse gegeben und dabei feierlich gelobt, daß er sie unverbrüchlich halten wolle. Aber, wie man annehmen kann, hatte er sie nicht gegeben, weil er es als seine Herrscherspflicht anerkannte, nach einer geschriebenen Verfassung, und nicht nach eigenem persönlichen Belieben zu regieren, sondern nur, weil er in der allerbittersten Noth sich befand. Nach langem Widerstreben war es ihm nämlich doch begrifflich geworden, daß er ohne eine Verfassung, wie auch sein Volk sie verlangte, immer tiefer und vielleicht bald so tief in Noth und Verfall versinken würde, daß am Ende alles Regieren von selbst aufhören müßte, und daß er durchaus eine Volksvertretung herufen und derselben die Theilnahme an der gesetzgebenden Gewalt, so wie das Recht der Geld- und Ausgabenbewilligung übertragen müßte, ebenso wie es in unserer Preussischen Verfassung geschrieben steht. Aber die Verfassung, zu der er endlich seine Zustimmung gab, war dürftig genug, und die Ungarn und die Italiener in Venedig wollten nicht einmal etwas von ihr wissen. Doch wäre sie auch die beste

Verfassung von der Welt gewesen, wer wüßte nicht, daß auch eine solche die Staaten nicht mächtiger und die Völker nicht freier und glücklicher macht, wenn die Regierenden nicht entschlossen sind, sie auch dann streng zu beobachten, wenn sie einmal in einer ihnen nicht angenehmen Weise angewendet wird. Selbst die beste Verfassung ist nur dann etwas werth, wenn sie von ehrlichen und freiheitsliebenden Männern gehandhabt wird, und wenn sie die feste Richtschnur einer weisen und gerechten Regierung ist. Auch muß das Volk selbst den nöthigen Verstand haben, um die Wohlthaten einer guten Verfassung zu begreifen, und den festen, starken Willen, diese Wohlthaten sich niemals entziehen zu lassen. In Oesterreich aber treffen alle diese Bedingungen wenig oder gar nicht zu. Die alte Kaiserfamilie haßt immer mehr nach dem leeren Schattenbilde ihrer eigenen Macht und ihres eigenen Glanzes als die Völker, die sie beherrscht, für zweckmäßig halten.

Gegen die gegebene Verfassung zeigten die Ungarn und Italiener ein heftiges Widerstreben, aber trotz dieses Widerstrebens ist die neueste Beilegung der Oesterreichischen Verfassung nichts, als ein offener Rechtsbruch, als der Bruch einer mit den feierlichsten Gelübissen und freiwillig eingegangenen Verpflichtung, zumal den deutschen Bewohnern Oesterreichs gegenüber. Und gerade darum erheben die Feinde der Preussischen Verfassung ihr Jubelgeschrei darüber. Sie jubeln, weil in Deutschland wieder einmal eine Verfassung gebrochen, wieder einmal ein Volk in seinem Rechte gekränkt ist.

Am vorzüglichsten unter den betreffenden preussischen Blättern drückt sich noch die „Provincial-Korrespondenz“ aus. Denn sie darf nicht zu dreist mit der Sprache herausgehen, weil sie ja die Aufgabe übernommen hat, uns mit tönenden Hebensarten so zu betäuben, daß wir uns bei nächster Gelegenheit wo möglich dazu hergeben, sogar für ihre Freunde, d. h. für die sogenannten Konservativen zu stimmen, und so durch unsere eigene Wahlstimme uns selbst für unmündig zu erklären. Darum scheut sie sich wohl nicht, auf unsere Abgeordneten zu schmähen, aber mit uns selbst geht sie möglichst jäuberlich um. Indes so blind sind wir doch nicht, daß

wir nicht überall sollten den Fuchschwanz herauszucken sehen. Auch kann sie bei dem Bericht über den Oesterreichischen Staatsstreich ihr herkunfliches Beklagen gar nicht verbergen. Man sieht ordentlich, wie sie schmunzelt und sich die Hände reibt, wenn sie erzählt, daß auch die bisherige Oesterreichische Gesamtverfassung bis auf Weiteres zum Stillst. and gebracht" und "daß ein baldiges Wiederaufleben einer gemeinsamen Reichsvertretung schwerlich zu erwarten ist."

Aber sehen wir zu, was sie sonst noch vorbringt. Sie sucht die Gründe, die den Umsturz der österreichischen Verfassung herbeigeführt haben, nicht da, wo sie wirklich zu finden sind. Sie sagt vielmehr, diese Verfassung konnte "weder Bestand noch Segen" haben, weil sie, "blos nach den Lehren und Forderungen des sogenannten Zeitgeistes zurecht gemacht sei." Natürlich ist das ein thörichtes Gerede, denn erstens hat die Oesterreichische Verfassung dem "Zeitgeist" keineswegs so entprochen, wie es gut und recht gewesen wäre; und zweitens, wenn die Menschen in irgend einem Staate sich eine Verfassung geben, so müssen sie sich doch wohl von dem Geiste ihrer eigenen Zeit leiten lassen. Oder sollen sie sich etwa eine Verfassung geben, die nicht in ihre Zeit, sondern in die Zeit ihrer Großmütter hineinpaßt? Aber es ist doch eine Redensart, mit der man die Gedankenlosen einschläfern kann. Auch paßt sie, wie die „Prov.-Korr.“ wohl meint, ja recht gut auf die preussische Verfassung von 1850. Ferner will sie auch das von der preussischen Verfassung verstandene wissen, wenn sie sagt, daß man diejenigen Verfassungen, die aus der Bewegung des Jahres 1848 und aus dem Verlangen der Volkspartei hervorgegangen wären, fast durchweg nach französischem Muster zugeschnitten hätte. Natürlich bildet sie sich ein, wir hätten es längst vergessen, daß unsere preussische Verfassung ganz und gar nicht von einem demokratischen, sondern von einem sehr konservativen Ministerium zugeschnitten und hinterher noch auf das Betreiben eines sehr reaktionären Ministeriums abgeändert worden ist. Doch freilich taugt sie auch so noch nicht in den Kram unserer heutigen „Konservativen.“ Um sie daher in unsern Augen möglichst schlecht zu machen, wird sie u. A. auch noch „französisch“ gelehrt. Nun, wenn die Herren Konservativen selbst auf alles Französische so schlecht zu sprechen sind, warum wünschen sie denn, daß gerade die schlimmsten Undwüchse französischen Staatswesens und besonders die französische Polizeiwirtschaft auf Preussischen Boden verpflanzt werden möchten.

Aber die „Provinzial-Korrespondenz“ redet sich noch tiefer hinein, sie ist nämlich fest genug, uns sogar die englische Verfassung als ein Muster vorzuhalten. Das ist doch noch, ruft sie aus, eine Verfassung, die vom Volke als ein ehrwürdiges, unantastbares Heiligtum geachtet und hochgehalten wird und werden kann. Sie thut also gerade, als ob in Preußen das Volk das Heiligtum seiner Verfassung mit Füßen trete. Zugleich bildet sie sich ein, daß wir nie davon gehört hätten, daß gerade in England gar keine Regierung be-

stehen kann, die nicht in voller Uebereinstimmung mit dem Volke und seinen Abgeordneten sich befindet. Hätten wir wirklich eine englische Verfassung und hätte unser Abgeordnetenhaus wirklich die Macht des englischen Unterhauses, nun dann hätten wir nicht schon im vierten Jahre ein budgetloses Regiment. Dann hätten wir keine Armee-Reorganisation, kein Ministerium Bismarck, kein Bündniß mit Oesterreich.

Dafür aber hätten wir schon längst eine tüchtige Gemeindeordnung, wir hätten schon längst das Recht, von den ordentlichen Gerichten des Landes gehört zu werden, wenn wir unsere Person oder unser Eigentum von irgend einem Regierungs- oder Polizeibeamten verletzt glauben. Auch könnte die Regierung schon längst keinen Pfennig mehr ausgeben und wir brauchten keinen Pfennig mehr an Steuern und Abgaben bezahlen, als unsere Abgeordneten alljährlich zum Wohle des Landes bewilligen.

So freilich meint es die „Provinzial-Korrespondenz“ nicht. Sie will uns vielmehr einreden, daß die englische Verfassung nur darum besser sei als die unsrige, weil sie „in einer Reihe von Jahrhunderten und durch allmähliche Verbesserung und Feststellung entstanden sei. Nun die Reihe von Jahrhunderten hat doch auch einmal einen Anfang gehabt, und es ist schlimm genug, daß wir mit der „Feststellung“ unserer Verfassung erst viel später angefangen haben. Doch die „Provinzial-Korrespondenz“ meint wohl, weil die Engländer an die fünfhundert Jahre gebraucht haben, ehe sie eine tüchtige und dauernde Verfassung zu Stande bringen konnten, so müßten auch wir gerade eben so lange daran arbeiten. Aber wir sind heute eben so klug als die Engländer es jezt sind, und in manchen Dingen wohl noch etwas klüger. Wir haben daher auch nicht die mindeste Lust, heute noch in die Kinderschuhe zu treten, die die Engländer vor beinahe zweihundert Jahren abgelegt haben. Endlich fragen wir, ob die „Provinzial-Korrespondenz“ etwa auch will, daß das preussische Volk ganz in derselben Weise auf seine eigenen Füße kommen soll, wie die Engländer im Jahre 1688? Damals nämlich wurde die englische Verfassung nicht etwa „allmählig“, wie die „Provinzial-Korrespondenz“ behauptet, sondern sehr plötzlich „festgestellt“. Damals war es Wilhelm von Oranien, der Schwager unseres großen Kurfürsten, der in Begleitung eines preussischen Generals und von 6000 Mann Preußen unterstützt, nach England ging und im Verein mit dem emporsten Volke den verfassungsbürchigen König Jacob II. aus dem Lande trieb. Damals wurden ganz auf einmal und in voller Uebereinstimmung mit dem damaligen Zeitgeiste „die Rechte und Freiheiten“ des englischen Volkes in einer ausführlichen und feierlich beschworenen Urkunde „festgestellt“.

In England ist seitdem das Beispiel Jacobs II. nicht nachgeahmt worden. Es hat seitdem nie wieder

ein englischer König erklärt, ja es hat nie wieder eine Partei im englischen Volk, es hat nie ein offizielles oder nichtoffizielles Blatt zu behaupten gewagt, daß der König nicht mit der Verfassung seines Landes regieren könne.

Doch haben wir Deutschen und wir Preußen nicht die mindeste Lust, und sicherlich auch nicht die mindeste Aussicht zu einer nochmaligen Aufführung der englischen Geschichte in unserm Lande, wir in dieser noch in einer andern Beziehung. Wir werden unsere preussische und deutsche Geschichte in preussischer und deutscher Weise weiter führen, und sicherlich nicht nach dem Recepte der „Provincial-Korrespondenz“ und ihrer Gönner und Freunde.

Politische Wochenschau.

Preußen. Noch immer ist es die Reize des Grafen Bismarck nach Paris, welche die Aufmerksamkeit in Anspruch nimmt und welche Anlaß zu allerhand Gerüchten über die Politik unserer Regierung giebt. Sicher ist, daß auf jene erste französische Note, in welcher das pariser Cabinet den Göttinger Vertrag einer sehr eingehenden und sehr scharfen Kritik unterzogen hatte, und über welche wir in der vorigen Nummer berichteten, eine neue Note gefolgt ist, in der das französische Cabinet sich offenbar bemüht, den Einbruch, welchen jene erste Ausdeutung gemacht hatte, zu mildern. Erst nach dem Eintreffen dieser Note soll Graf Bismarck abgereist sein, und man schließt daraus, daß die etwaigen Verhandlungen zwischen ihm und dem Kaiser Napoleon einen sehr freundschaftlichen Charakter tragen werden, und an diese Vermuthung knüpfen sich natürlich wiederum allerhand Gerüchte von Annullationsplänen Preußens, welchen Frankreich seine Zustimmung geben solle oder schon gegeben habe. Daß diese Gerüchte von der Annexion eines oder mehrerer deutschen Staaten sprechen, darf man nicht Wunder nehmen, ganz neu ist aber, daß man Preußen die Absicht zuschreibt, Holland zu annektieren. Auch dazu soll Frankreich seine Einwilligung geben, wenn ihm als Entschädigung dafür Belgien zufällt. Wir brauchen unsere Leser wohl kaum darauf aufmerksam zu machen, daß alle diese Annullationsgerüchte vollständig in der Luft schweben, denn wenn man auch nicht auf in Abrede stellen darf, daß die Regierung eine Vergrößerung Preußens auf die eine oder andere Weise sehr gern sehen würde, so darf man doch nicht vergessen, daß annektieren auf deutsch heißt: an sich fesseln, und bis jetzt ist es unserem Ministerium noch nicht einmal gelungen, das eigene Volk an sich zu fesseln, um wie viel weniger erscheint es denkbar, daß ihm dies bei einem andern Volk anders als mit Gewalt gelingen werde, und zur Anwendung der Gewalt bedarf das Ministerium wiederum der ihm fehlenden Unterstützung des eigenen Volkes.

Der Vollständigkeit wegen wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten, daß in der letzten Zeit wiederum Gerüchte von Plänen der Regierung, ein neues Wahlgesetz zu ertheilen, in Umlauf gesetzt sind. Wir theilen dies Gerücht mit, ohne ihm auch nur den geringsten Glauben zu schenken. Der Regierung solche Absichten unterzuschreiben, heißt erstens ihr einen Verfassungsbruch, einen Eidbruch zutruuen, und zweitens wissen wir nicht, wie ein Wahlgesetz beschaffen sein sollte, welches eine Kammer schaffen könnte, in der die Regierung die Mehrheit haben würde.

Die Kreuz-Zeitung beschäftigt sich mit unserem Blatte und mit anderen liberalen Zeitungen, welche nach Angabe des hochkonservativen Blattes alle sehr viel Abonnement verloren haben sollen. Sie sieht darin eine Abnahme der libe-

ralen Partei im Lande, woraus sie natürlich die größte Hoffnung für die Zukunft schöpft. Aber dies Blatt ist doch so offen, zu gestehen, daß auch in den Kreisen ihrer Partei sich gar wenig Begehrtheit durch Vernehmung der Abonnements zeigt, sie gesteht ein, daß sie nicht nur die Liberalen für sich hält, sondern daß sich auch in den konservativen Kreisen eine große Mitleidigkeit zeige. Was die „Kreuzzeitung“ von der Dyerfrentheit und dem Kampfesmuth unserer Parteigenossen hält, das kann und sehr gleichgültig sein, aber wichtig ist es, daß sie ein solches Gehändnis von ihrer eigenen Partei macht. Wenn die „Kreuzzeitung“ am Schluß ihres Artikels von den Konservativen sagt: „Sie denken, es werde sich nun schon Alles von selbst machen. Das ist aber ein schwerer Irrthum, und wenn wir nicht mehr thun wollen, werden wir auch nicht ernten“ — z. B. bei den nächsten Wahlen“, so wollen wir nicht unterlassen, diese Worte auch unsern liberalen Freunden recht ernst zu Gemüthe zu schicken. Mögen auch sie daran denken, daß sie stets vorbereitet sein müssen, ihre politischen Ueberzeugung am Wahlstische Ausdruck zu geben.

Hannover. Die Ministerräthe in Hannover ist noch immer nicht zu Ende. Einige der Minister wollen nicht auf ihren Posten bleiben, nachdem Herr v. Barries wieder die Leitung des Staatsraths übernommen hat, doch glaubt man, sie werden sich schließlich erwidern lassen und den Ministerposten weiter verwalten, wenn auch die Grundzüge der Verwaltung sich etwas anders gestalten werden.

Baiern. Man glaubt, daß Baiern im Verein mit Sachsen und Württemberg das königliche Italien anerkennen und so den Abschluß des Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und Italien ermöglichen werde. Dieser Vertrag ist im Interesse unseres Handels und unserer Industrie eine absolute Nothwendigkeit, aber man würde sehr irren, wenn man annimmt, daß es solche Gründe waren, welche die eubliche Anerkennung des schon lange bestehenden Königreichs Italiens herbeigeführt haben. Die Mittelstaaten, welche bisher die Anerkennung Italiens theilweise mit Rücksicht auf Oesterreich verweigert haben, fühlen sich jetzt von Oesterreich verlassen und gedanken voll den Wiener Hof durch einen solchen Schritt zu kränken.

Oesterreich. Geld, Geld, Geld, das ist in diesem Augenblicke das Lezungswort für die Wiener Politik. Die Regierung macht vergebliche Anstrengungen, eine Anleihe zu kontrahiren, sie findet nirgends mehr Leute, welche Neigung haben, ihr Geld einem Staate anzuvertrauen, dessen Bankrott nahe zu sein scheint. Wenn man bedenkt, daß die Aufhebung der Fiskalverfassung größtentheils den Zweck hatte, der Regierung die Möglichkeit zu verschaffen, eine Anleihe, die der Reichthum nicht genehmigen wollte, anzunehmen, so kommt man sehr schnell zu der Erkenntniß von der Unmöglichkeit dieses Schrittes.

Italien. Der Ausfall der Wahlen scheint den Bestand des jetzigen Ministeriums zu sichern. Viel mag zwar die Hoffnung beigetragen haben, daß der Tag nicht mehr fern ist, an welchem das königliche Italien Beneid ohne Schwerdtstreich einfach durch Kauf erlangt wird.

Neuere Erfolge und ihre Wirkung im Innern.

Als vor fast zwei Jahren der Krieg gegen Dänemark begann, da hofften die Anhänger des jetzigen Ministeriums, daß die auswärtigen Ereignisse und ganz besonders der sicher zu erwartende Erfolg der preussischen Waffen das Volk ablenken würden von der ersten Betrachtung der inneren Verhältnisse. Sie hofften, daß die Freude über die errungenen Siege so stark sein werde, daß das Volk darüber vergessen könne, und welchem Grunde es seit Jahren dem Ministerium in dem

Kampfe um die Auslegung und Ausbildung der Verfassung gegenüberstand, und sie erwarteten mit Sicherheit, daß die Wirkung eine solche sein werde, daß, falls das Abgeordnetenhaus noch weiter in seiner Opposition gegen das Ministerium verharren sollte, es der Regierung ein leichtes sein werde, durch eine Neuwahl eine Kammer zu bekommen, welche unbedingt den Vorlagen der Regierung und ganz besonders der Vorlage wegen der Armee-Reorganisations ihre Zustimmung geben würde.

Seit dem sind, wie gesagt, fast zwei Jahre verfloßen, die preussischen Truppen haben ruhmreich und mit großem Erfolge gekämpft, das Ministerium, welches anfänglich ausgesprochenenmaßen die preussische Armee nach Schleswig-Holstein schickte, um den Londoner Vertrag aufrecht zu erhalten, hat sich genötigt gesehen, sein Programm zu ändern, und theilweise das Programm anzuführen, für welches sich das preussische Abgeordnetenhaus ausgesprochen hatte, und der jetzt vor fast einem Jahre abgeschlossene Frieden bekräftigt vor Freude des gesammten deutschen Volkes die Trennung der Herzogthümer von Dänemark. Aber Herrscher dieser deutschen Länder sein sollte, dieser Punkt blieb allerdings noch offen, aber das preussische Ministerium verlangte, daß das Verhältnis des neuen Reiches zu Preußen ein solches sein solle, wie es im Großen und Ganzen dem Programm entsprach, welches die liberale Partei in Deutschland seit Jahren als notwendig erkannt hatte zur Herstellung eines einzigen Deutschlands, als dessen natürliche Spitze die von einem deutschen Parlament gestützte Centralgewalt, welche der preussischen Regierung übertragen werden sollte, gedacht wurde. So war das Ministerium in seinem Programm, soweit es die auswärtige Politik anbetraf, dem Programm sehr nahe gekommen, welches die liberale Partei seit Jahren aufgestellt hat, und wenn ihm trotzdem die liberale Partei in ganz Deutschland auf das Entschiedenste entgegentritt, so hat das seinen Grund theilweise darin, daß die Wege, welche die Regierung zur Erreichung dieser Ziele einschlägt, derartig sind, daß die liberale Partei sie unbedingt als falsch bezeichnen muß, und weil man zweitens nicht erwarten kann, daß irgend ein deutscher Staat in ein derartiges Verhältnis zu Preußen tritt, wie es zur Herstellung eines kräftigen deutschen Reiches erforderlich ist, so lange die innere Verwaltung Preußens keine Garantien für eine liberale Ausführung dieses Programms bietet.

Welches ist nun aber die Wirkung von all dem auf das preussische Volk gewesen? Wenn wir den Worten der offiziellen Schreiber Glauben schenken wollten, so giebt es in Preußen Niemanden mehr, der sich von dem Ministerium abwendet; Alle sind entzückt von den Erfolgen unserer Armee, Alle sind fest davon überzeugt, daß diese Erfolge ganz einzig und allein durch die Reorganisation unserer Armee erreicht worden sind, indem sie es für ganz unerschwinglich halten, daß ohne diese Reorganisation niemals die vereinigte preussische und österreichische Armee die dänischen Truppen hätte schlagen können. Aus diesem Grunde derwärt auch das Volk jetzt diese Opposition gegen die Regierung und ist sehr gern bereit, Abgeordnete zu wählen, welche noch 10 oder 20 Millionen für die Reorganisation der Armee bewilligen, damit Preußen noch schlagerfertiger nach Außen dasste, so daß alsdann die Lösung des Konfliktes mit einem Male herbeigeführt sein würde.

So ungefähr schildern die offiziellen Zeitungsschreiber die Stimmung des Landes, ohne daran zu denken, wie leicht sie es durch solche Phantasiebilder dem verständigen Manne

machen, durch ein kurzes Nachdenken sich von der Grundlosigkeit solcher Behauptungen zu überzeugen.

Wir wollen hier nicht noch einmal aufzählen, wie das Volk ganz gut weiß, einen wie herrlichen Beweis für die Tüchtigkeit der Landwehr der Krieg gegen Dänemark geliefert hat, indem dieselbe sich allenthalben als vollkommen kriegerisch bewährt hat; wir wollen hier nicht daran erinnern, daß das Volk verständig genug ist, um einzusehen, wie ein Staat von der Größe Preußens auch ohne die Reorganisation im Stande gewesen wäre, 70,000 Mann Truppen nach Schleswig-Holstein zu schicken: es sind diese Dinge, welche jeder Bürger des preussischen Staates genau kennt, und welche ihm als Richtschnur für sein politisches Verhalten dienen.

Wir wollen hier nur auf den einen Umstand aufmerksam machen, welcher alle Ausführungen der offiziellen Schreiber auf das Gründlichste widerlegt, nämlich auf den Umstand, daß die Regierung trotz dieses angeblichen Umschwunges im Lande sich nicht entschließen kann, die Kammer aufzulösen und dem Lande die Gelegenheit zu geben, bei den Neuwahlen seine veränderte Ansicht kund zu thun. Es muß doch ein Jeder, der die betreffenden Artikel, in welchen der „Umschwung“ laut der Welt mitgetheilt wird, liest, sich fragen, warum läßt die Regierung nicht auf, und läßt neu wählen? Diese Frage wird er sich nach kurzem Nachdenken mit den Worten beantworten: Man rechnet mit Bestimmtheit darauf, daß die Neuwahlen ganz eben so ausfallen werden, wie das letzte Mal, und deshalb unterläßt man es, das Volk an die Wahlstätte zu rufen.

So liefert die Regierung selbst den Beweis, daß trotz des Krieges gegen Dänemark, trotz der glänzenden Erfolge unserer Truppen kein Umschwung in unserem Volke in Bezug auf den innern Konflikt eingetreten ist: das Volk steht heute noch in seiner Gemessenheit eben so fest zu seinen gewöhnlichen Angelegenheiten, wie es vor vier Jahren zu ihnen gestanden hat, und es liefert dadurch, daß es sich nicht hat durch Ruhm und Sieg blenden lassen, einen Beweis seiner politischen Reife, der als ein leuchtendes Vorbild für alle Zeiten und alle Völker angesehen werden wird. Es beweist dadurch, daß es richtig erkannt hat, wie kein äußerer Erfolg dem Volke Ersatz bieten kann für eine nicht in allen Punkten der Verfassung entsprechende Verwaltung im Innern, es beweist, daß es im Gegentheil weiß, wie gerade die äußeren Erfolge nur dauernd sein, und ganz besonders nur eine andauernde glänzende Wirkung für den Staat haben können, wenn sie ihren Rückhalt finden in einer solchen Verwaltung im Lande, welche fremde Völker zu derselben als zu einem Muster für alle Staaten ausbilden läßt.

Von dieser Erkenntnis ist das preussische Volk durchdrungen und daran ist die Fassung der sogenannten Konventionen gescheitert, daß der Erfolg einer gewonnenen Schlacht der sein werde, daß das preussische Volk ohne viel Nachdenken das werde fallen lassen, wofür es Jahre lang gekämpft, und daß es in allen streitigen inneren Fragen der Regierung vollständig zu Willen sein werde. Während also an diesem Hermetischen der politischen Urtheilskraft unseres Volkes die Bemerkungen der Anhänger des Ministeriums erlaubt sind, haben sich daran die Kräfte der Vorkämpfer für die Geltung und Ausbildung unserer Verfassung im liberalen Sinne getraut. Sie haben daran von Neuem erkannt, daß das Volk heut noch ebenso fest geschlossen hinter ihnen steht wie an dem Tage, wo sie gewählt wurden, und sie wissen, daß sie in ihrem Kampfe unbezwinglich sind, so lange sie in Wahrheit und Billigkeit dem Willen der geschlossenen Mehrheit des Volkes Ausdruck geben.